

Das Betreuungsgeld

Mehr Wahlfreiheit und mehr Wertschätzung für Familien



Foto: Henning Schacht

GERDA HASSELFELDT, MdB

Die Familie ist die „Keimzelle“ der Gesellschaft. Die Familie ist der Ort, an dem Werte und Einstellungen geprägt werden. Die Familie ist eine Gemeinschaft, in der Respekt und Verantwortungsbewusstsein für die Mitmenschen und der Zusammenhalt zwischen den Generationen gelebt werden. Die Familie kann Belastungen abfedern und Halt geben. Die Familie und die Werte, die mit ihr verbunden sind, verlieren deshalb auch in einer Gesellschaft, die immer stärker von unterschiedlichen Lebensentwürfen geprägt ist, nicht an Bedeutung. Deshalb ist der CSU die Familie so wichtig. Sie zu fördern, steht ganz oben auf unserer politischen Agenda. Unsere Position in der Familienpolitik ist eindeutig: Vorrangiges Ziel ist, Eltern in ihrem grundgesetzlichen Erziehungsauftrag zu unterstützen und ihre Kompetenzen zu fördern. Für die CSU ist die Familie ein Lebens- und Entfaltungsräum, aus dem sich der Staat weitestgehend

herauszuhalten hat. Sie ist der Inbegriff von Privatsphäre, die jeder nach eigenen Vorstellungen gestalten soll, und die zwar dem Schutz des Staates, aber nicht seiner Einflussnahme unterliegt.

In diesem Sinne ist das Betreuungsgeld für die CSU ein wichtiger Baustein einer modernen Familienpolitik. Es ist die notwendige Ergänzung zur bestehenden Familienförderung in Deutschland. Würde man vorwiegend in Krippenplätze und nicht in Alternativen investieren, so wäre das eine staatliche Bevorzugung der Krippenerziehung. Familien würden in eine bestimmte Richtung gelenkt. Das wollen wir nicht. Die CSU will Wahlfreiheit für Eltern. Diese Wahlfreiheit erreichen wir nur, wenn wir eine Vielfalt von Lebensmodellen fördern. Vielfalt und Gerechtigkeit in der Familienpolitik heißt, auch die Eltern zu unterstützen, die sich selbst um ihre Kinder unter drei Jahren kümmern wollen. Das verstehen wir unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes, das die Kindererziehung als die „zuvörderst“ den Eltern obliegende Pflicht bezeichnet.

FÜR MEHR KINDERFREUNDLICHKEIT IN DER GESELLSCHAFT

Das Betreuungsgeld soll nicht nur mehr Wahlfreiheit für junge Familien schaffen, es soll jungen Menschen auch wieder mehr Lust auf Familie machen. Die stetig zurückgegangenen Geburtenraten in den letzten Jahrzehnten zeigen: In unserer Gesellschaft werden individuelle und berufliche Selbstverwirklichung auf der einen Seite und Familienplanung auf der anderen Seite immer stärker als unterschiedliche Lebensentwürfe wahrgenommen, die gegeneinander kon-

kurrieren und sich mitunter sogar ausschließen. Das müssen wir schnellstens ändern. In unserer Gesellschaft verblasen die kinderfreundlichen Leitbilder immer mehr. Leider hat die teilweise sehr unsachliche Diskussion über das Betreuungsgeld nicht gerade dazu beigetragen, familienfeindliche Tendenzen zu stoppen. Im Gegenteil: Einige der Redewendungen und Reizwörter, wie etwa die Begriffe „Herdprämie“ oder „Fernhalteprämie“, suggerieren, dass Familienarbeit in unserer Gesellschaft keinen Wert besitzt. Für die CSU war immer klar: Wir dürfen Eltern nicht verunsichern durch abfällige Sichtweisen über die familiäre Erziehungsarbeit. Weder der Begriff „Rabenmutter“ noch der Begriff „Heimchen am Herd“ ist tragbar. Die CSU will alle Familienmodelle gleichwertig unterstützen. Entscheidend ist: Kinder müssen wieder stärker als Bereicherung, als Freude und tieferer Lebenssinn wahrgenommen werden.

BETREUUNGSGELD UND ERWERBSTÄTIGKEIT STEHEN SICH NICHT IM WEG

Der Begriff „Herdprämie“ ist nicht nur diffamierend, sondern auch sachlich falsch. Nach den Vorstellungen der CSU sollen das Betreuungsgeld auch die Mütter und Väter erhalten, die arbeiten. Es steht einer Erwerbstätigkeit nicht im Wege. Und seien wir einmal ehrlich: Halten 150 Euro im Monat wirklich jemanden davon ab, wieder arbeiten zu gehen? Wohl kaum. Das Betreuungsgeld soll Eltern ermöglichen, die Kinderbetreuung nach ihren Bedürfnissen zu organisieren. Mit dem Betreuungsgeld sind Eltern frei, selbst zu entscheiden, ob sie den Nachwuchs selbst, mit einer Kinderfrau, durch die Großeltern oder anders privat betreuen. >> Seite 2



Bitte vormerken: Bayerischer Wirtschaftstag
am 24. Juli 2012, Konzert- und Kongresshalle Bamberg

>> Das Betreuungsgeld setzt lediglich voraus, dass kein staatlich geförderter Krippenplatz in Anspruch genommen wird. Je mehr Betreuungsalternativen es gibt, desto eher erfolgt der Wiedereinstieg in den Beruf. Dennoch soll niemandem Druck gemacht werden. Eltern sollen ausreichend Zeit mit ihren Kindern verbringen können. Die CSU lehnt es daher ab, Elternschaft nur unter der Perspektive zu sehen, Mütter möglichst schnell wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern – wie dies in der letzten Zeit so häufig von der Wirtschaft gefordert wurde. Für die CSU gilt: Familien dürfen nicht dem Diktat der Ökonomie unterliegen, weder heute noch in Zukunft. Es geht nicht darum, Familien der Arbeitswelt anzupassen, sondern umgekehrt die Arbeitswelt den Bedürfnissen der Familien. Dazu gehören familienfreundliche Arbeitszeiten, eine gut organisierte Kinderbetreuung am Arbeitsplatz, mehr Verständnis für Väter, die in Elternzeit gehen, und mehr Führungsaufgaben für Frauen – auch in Teilzeit. Hier ist die Wirtschaft selbst gefordert.

BETREUUNGSGELD FÖRDERT DIE ELTERN-KIND-BEZIEHUNG

Die Fakten zum Thema Kinderbetreuung sprechen für sich: Zwei Drittel aller Eltern betreuen ihr Kind in den ersten Lebensjahren selbst. Zurecht erwarten diese Eltern, dass der Staat auch sie finanziell unterstützt. Ein Krippenplatz wird immerhin mit rund 1.000 Euro im Monat staatlich gefördert – warum sollen Eltern, die keinen Platz in Anspruch nehmen, nicht auch bei der Betreuung ihrer Kinder unterstützt werden? Diese Eltern haben sich bewusst dafür entschieden, die Erziehung ihrer Kinder eigenständig in die Hand zu nehmen. Diese Entscheidung verdient Respekt und Anerkennung – ideell wie finanziell. Hinter dieser Entscheidung steht oft der elterliche Wunsch, viel Zeit mit dem

Kind zu verbringen und eine intensive Eltern-Kind-Bindung aufzubauen. Das Betreuungsgeld fördert diese Bindung zwischen Eltern und Kindern in den ersten Lebensjahren. Das kann jeder bestätigen, der selbst Kinder groß gezogen hat. Dass eine gute Eltern-Kind-Bindung außerdem die beste Basis für frühkindliche Bildung ist, belegen auch wissenschaftliche Studien, anders als die Betreuungsgeld-Gegner ständig behaupten. Die Hirn- und Bindungsforschung zeigt: Eine familiäre Betreuung in den ersten Jahren fördert Spracherwerb und auch Bildung allgemein. In diesem Sinne können Krippen und Erzieherinnen oft gar nicht das leisten, was die meisten Eltern wie selbstverständlich für ihr Kind und seine Entwicklung erbringen, und zwar Tag und Nacht. Die CSU will mit dem Betreuungsgeld mehr Wertschätzung für Familienarbeit erreichen und die Eigenverantwortlichkeit der Eltern fördern. Deshalb wollen wir auch, dass das Betreuungsgeld bar ausgezahlt wird. Alles andere würde einem generellen Misstrauen staatlicher Institutionen gegenüber Eltern und ihren Erziehungsfähigkeiten gleichkommen. In diesem Sinne ist es auch herabwürdigend zu behaupten, das Betreuungsgeld sei schlecht für die Integration, weil gerade sozial schwache und bildungsferne Einwandererfamilien lieber das Geld nähmen, als ihr Kind in einer Krippe betreuen zu lassen. Diese Argumentation offenbart ein falsches Bild von Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land. Die CSU wendet sich klar gegen ein solches Bild. Erziehungs- und Bildungsarbeit ist keine Frage von Status und Geld.

ERZIEHUNGSARBEIT HAT EINEN WERT – AUCH BEI DER RENTE

Das Betreuungsgeld bewirkt eine größere Anerkennung von Familienarbeit. Es ist

aber auch an der Zeit, dass die Erziehung von Kindern bei der Rente endlich eine angemessene Wertschätzung erfährt und der Erwerbstätigkeit gleichgestellt wird. Leider ist es im bisherigen Rentensystem so, dass ausschließlich ununterbrochene Vollzeitberufsbiografien belohnt werden. Wer die für die Gesellschaft so wichtige Familien- und Sorgearbeit leistet, wird hingegen benachteiligt. Die Situation ist paradox: Ohne diese Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit oder das Kürzertreten im Beruf würde unsere Gesellschaft im Großen wie im Kleinen nicht funktionieren – aber bei der Bemessung der Rente werden solche Unterbrechungen bestraft. Die CSU ist der Meinung: Bei der Erziehungsarbeit oder bei der Pflege von Angehörigen handelt es sich um Verpflichtungen für das Wohl anderer Menschen – oft über Jahre hinweg und rund um die Uhr. Es kann nicht sein, dass ein solches Engagement keine angemessene Wertschätzung bei der Rente findet oder gar zum Nachteil wird. In einer Gesellschaft, in der ohnehin schon immer weniger Kinder auf die Welt kommen, müssen wir diese Fehlleistung korrigieren. Bei der aktuellen Rentendiskussion vertritt die CSU eine klare Position: Phasen, in denen die Erwerbstätigkeit wegen Kindererziehung oder der Pflege von Familienangehörigen eingeschränkt ist, müssen rentenrechtlich aufgewertet werden. Eine sozial gerechte Gesellschaft muss die gesamte Lebensleistung eines Menschen Wert schätzen.

Gerda Hasselfeldt

GERDA HASSELFELDT, MdB
VORSITZENDE DER CSU-LANDESGRUPPE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

IMPRESSUM: Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de, **V.i.S.d.P.:** Dr. Jürgen Hofmann, **Redaktionsschluss:** 13.06.2012, **Produktion:** Weltbuch Verlag GmbH, www.weltbuch.com

Johann Gg. Zölls

- **Snackautomaten**
- **Fotoautomaten**
- **Getränkeautomaten**
- **Kaffeemaschinen**



Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn
Tel. 09101/909390
www.zoells.de

WIRTSCHAFT AM ABGRUND

DR. PAUL CRAIG ROBERTS

Das prägnanteste und schonungsloseste Werk über die globale Wirtschaft im 21. Jahrhundert, nun auch in Deutsch!

Hardcover gebunden, 21,5 x 14 cm, ca. 288 Seiten, ISBN: 978-3-938706-38-1, Erscheinung: Juli 2012



Neuer Buchtitel!



Preis: nur **17,90 €**
www.weltbuch.com

Dr. Roberts war 1981 Minister und Berater unter US-Präsident Ronald Reagan und wird als »Father of Reaganomics« bezeichnet. Er ist Mitherausgeber und Kolumnist des Wall Street Journal und Kolumnist bei Business Week, Scripps Howard News Service und Creators Syndicate gewesen. Dr. Roberts ist Vorsitzender des renommierten »Institute for Political Economy«.



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

mit einem problemfreien wirtschafts-, finanz- und währungspolitischen Sommer werden wir auch 2012 leider nicht rechnen dürfen. Die Wirtschaftslage bereitet dabei noch die geringsten Sorgen. Die Konjunktur dürfte zwar nach einem starken Jahresauftakt etwas an Schwung verlieren, ist aber nach wie vor insgesamt vergleichsweise robust. Die Zahl der Erwerbstätigen hat bis zum Schluss immer neue Rekorde aufgestellt, die Arbeitslosigkeit immer neue Tiefstände erreicht. In weiten Teilen des Freistaats ist der Arbeitsmarkt so gut wie leergefegt. Die Bekämpfung von Fachkräftemangel über diverse Stellschrauben wird uns deshalb in den kommenden Jahren unter dem Diktat des demografischen Wandels zunehmend beschäftigen und zu den großen Herausforderungen zählen.

Im Gegensatz zur Konjunktur hat sich das Drama um die Finanzkrise in der Eurozone ungebrochen fortgesetzt. Während ich diese Zeilen zu Papier bringe, steht die Neuwahl in Griechenland am 17. Juni unmittelbar bevor. Ihr Ausgang wird wesentlich darüber entscheiden, ob den Griechen noch zu helfen ist oder ein Austritt aus der Währungsunion nahegelegt werden muss. Eine Woche zuvor hat sich mit Spanien das erste große Land der Eurozone unter den Rettungsschirm flüchten müssen. Grund hierfür ist nicht so sehr eine untragbar hohe Staatsverschuldung. Ähnlich wie in Irland ist es vielmehr der Bankensektor, der in eine schwere Schieflage geraten ist. Eine exzessive Kreditvergabe im Immobilienbereich hat zu einem Rekapitalisierungsbedarf der Finanzinstitute in mehrstelliger Milliardenhöhe geführt, der von Madrid allein nicht mehr zu schultern ist.

Entwarnung kann leider auch an der dritten großen Front – der Energiewende – nicht gegeben werden. Seit dem Beschluss, bis 2022 vollständig aus der Kernenergie auszusteigen, ist mittlerweile ein gutes Jahr vergangen. Obwohl die Zeit extrem drängt, ist bislang auf den diversen Baustellen noch nicht allzu viel passiert. Am wenigsten gilt dies noch für den hochsubventionierten Ausbau der Photovoltaik, der weit über Plan liegt. Man vergegenwärtige sich: Wenn der Umstieg gelingen soll, müssen mehrere Probleme nicht unabgestimmt nacheinander, sondern synchron und koordiniert gelöst werden: der Ausbau der Höchstspannungsnetze vom windreichen Norden Deutschlands in den verbrauchsstarken Süden ebenso wie der Ausbau der Verteilnetze, mit denen sich die zunehmende Einspeisung der erneu-

erbaren Energien bewältigen lässt. Es geht um die Errichtung neuer Kraftwerke, die in wind- und sonnenschwachen Zeiten die Stromversorgung sichern. Wir brauchen deutlich mehr Kapazitäten, um Strom aus erneuerbarer Erzeugung, wenn er im Überfluss vorhanden ist, speichern zu können. Nicht zuletzt ist eine massive Steigerung der Energieeffizienz erforderlich. Überall hakt es bei der notwendigen Rahmengestaltung noch ganz beträchtlich. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer hat deshalb mehrfach betont, dass 2012 zum Jahr der Entscheidungen in der Energiepolitik werden muss, wenn die Energiewende gelingen soll.

Der Wirtschaftsbeirat teilt diese Auffassung. Wir haben darum dieses für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Bayern extrem wichtige Thema in den Mittelpunkt des diesjährigen Bayerischen Wirtschaftstags gerückt. Er wird am 24. Juli 2012 im Kongresszentrum von Bamberg stattfinden und steht unter dem Generaltitel „Großbaustelle Energiewende – Bleibt die Stromversorgung sicher, bezahlbar und umweltfreundlich?“. Es ist uns gelungen, dafür mit Staatsminister Dr. Marcel Huber, E.ON-Chef Dr. Johannes Teysen, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Wacker Chemie AG, Dr. Peter-Alexander Wacker, und dem Sprecher des Fachbereichs Physik der Universität Konstanz, Prof. Dr. Gerd Ganteför, hochkarätige Referenten zu gewinnen, die die unterschiedlichen Aspekte der Energiewende beleuchten werden. Dr. Wiesheu und ich würden uns freuen, Sie am 24. Juli in der Domstadt begrüßen zu können.

Herzlichst
Ihr Jürgen Hofmann

Kaufmännische Unternehmens- & Projektbegleitung



Möchten Sie die Rendite optimieren und so den Unternehmenswert steigern?

(Mehr erfahren Sie unter www.arentzen-partner.de)

Kostenmanagement • Planung & Controlling • Erläsoptimierung • Projektsteuerung • Finanzierung • Interim-Management

ARENTZEN & PARTNER
Unternehmensberatung

Russland – Markt mit Potential und Hindernissen

Handelsbeziehungen haben ihren Höhepunkt noch lange nicht erreicht.



v.l.n.r.: Bernd-Joachim Pantze, Stv. Vorsitzender des Ausschusses für Außenwirtschaft; Fedor Khorokhordin, Gesandter a. D. Repräsentant des Freistaates Bayern in der Russischen Föderation; Hubert Stärker, Vorsitzender des Ausschusses für Außenwirtschaft

„Die Zeichen für den weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und Bayern stehen gut“, meinte der russische Diplomat Fedor Khorokhordin bei einem Vortrag im Ausschuss für Außenwirtschaft unter der Leitung des Vorsitzenden Hubert Stärker und seinem Stellvertreter Bernd-Joachim Pantze. Sein Thema lautete: „Russland nach den Wahlen – Chancen für Bayerns Wirtschaft?“. Moskau ist schon derzeit Bayerns wichtigster Handelspartner in Osteuropa und der dritt wichtigste außerhalb der EU. Das bilaterale Handelsvolumen zwischen Bayern und Russland betrug 2011 12,5 Milliarden Euro – ein Rekordwert. Die bayerischen Exporte stiegen letztes Jahr sogar um rund 41 Prozent an. Laut Khorokhordin soll dieser Aufschwung noch lange nicht das Ende markieren.

Khorokhordin war von 2006 bis 2010 russischer Generalkonsul in Bonn. Heute ist er als Repräsentant des Freistaates Bayern in der Russischen Föderation tätig. Seine Repräsentanz unterstützt bayerische Unter-

nehmen dabei, Geschäftsbeziehungen mit Russland auf- und auszubauen. „Es ist nicht immer einfach, im russischen Markt Fuß zu fassen“, stellte Khorokhordin dazu fest. Das Ziel sei es, Bayern als Top-Partner in Russland zu etablieren. Das Nonplusultra in dem osteuropäischen Land sei dabei die Kommunikation. „100 Freunde sind besser als 100 Rubel“, so lautet ein russisches Sprichwort. Khorokhordin's Repräsentanz biete deswegen „eine Plattform zur Herstellung von Kontakten für beide Seiten“.

NEUE MITTELSCHICHT ÜBT DRUCK AUF REGIERUNG AUS

Natürlich muss sich ein russischer Diplomat auch kritische Fragen zum Demokratisierungsprozess in Russland gefallen lassen. Khorokhordin ging in der Diskussion damit offen um. Das Problem mit der Korruption sehe auch er als „akut“ an. „Man braucht viel Geduld und Zeit, um sie zu überwinden“, meinte er. Khorokhordin machte ebenfalls keinen Hehl daraus, dass die russischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von Fälschungsvorwürfen überschattet wurden. Bei einer Sache ist er sich aber sicher: „Putin hätte sowieso gewonnen.“ Alles in allem sei Russland jedoch gerade dabei, sich zu verändern. Es werde heterogener, Stadt und Land würden sich voneinander entfernen. „Die Leute wollen mehr Respekt, Rechtsstaatlichkeit und Reformen“, sagte Khorokhordin. Es sei vor allem in den Großstädten eine neue Mittelschicht entstanden, die an Einfluss gewinne und Druck auf die Regierung ausübe. „Diese Menschen haben große Erwartungen an die Regierung. Sie wollen auch, dass Putin die Wirtschaft modernisiert“, erklärte Khorokhordin.

Diese Veränderungen seien auch bei den bayerischen und deutschen Investoren spürbar. Rund 2.000 Unternehmen aus Bayern haben einen Standort in Russland. Laut Geschäftsklimaindex 2011 haben 42 Prozent der deutschen Firmen in dem Land eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen festgestellt. Sogar 71 Prozent rechnen damit, dass sich in diesem Jahr weitere Ver-

besserungen einstellen werden. Der Grund für diese Zuversicht liegt wohl auch in der erneuten Wahl Putins zum Präsidenten, der eine besondere Beziehung zu Deutschland hat. Er kennt die Bundesrepublik, er spricht Deutsch, und in seiner ersten Amtszeit wurden zahlreiche bilaterale Handelsabkommen zwischen Russland und Deutschland beschlossen.

BAYERISCHES KNOW-HOW IST IN RUSSLAND GEFRAGT

Khorokhordin rechnet damit, dass das Rekordvolumen von 2011 (12,5 Milliarden Euro) im bayerisch-russischen Handel in diesem Jahr noch getoppt wird. „Ob beim Ausbau der Infrastruktur, bei der Medizintechnik oder bei der Pharmazie: Überall stehen die Chancen gut“, sagte er. Deutsches und bayerisches Know-How seien in Russland sehr gefragt. Vor allem im Zuge zweier großer Ereignisse stünden die Chancen für Unternehmen aus der Bundesrepublik besonders gut. Zum einen findet die Fußball-Weltmeisterschaft 2018 in Russland statt. „12 Stadien müssen noch gebaut werden. Hier geht es um etwa 50 Milliarden Dollar“, sagte Khorokhordin. Zum anderen steht der WTO-Beitritt Russlands kurz bevor. Von den damit verbundenen Steuersenkungen würden unter anderem der Automobilbereich, die Energieeffizienz-Technologie und die Infrastruktur profitieren.

„Die Zusammenarbeit soll aber nicht zur Einbahnstraße werden“, forderte Khorokhordin. 80 russische Unternehmen – vor allem aus dem IT-Bereich – sind derzeit bereits in Bayern tätig: „Diese wollen auch in Bayern investieren“, fügte er hinzu. Darüber hinaus sei der neue russische Mittelstand eine Chance für Bayern – beispielsweise für die Tourismus-Branche. „Letztes Jahr waren etwa 160.000 russische Touristen zu Gast im Freistaat“, sagte Khorokhordin. In den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Bayern stehen die Signale also weiter auf Grün.

ANDREAS MACIEJEWSKI

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

- Peter Jordan, Krailling
- Dr. Frank Miletzky, Papiertechnische Stiftung, Höhenrain
- Dr.-Ing. Norbert Preuß, Preuss Projektmanagement GmbH, München
- Michael Stolz, München

KONTAKTE BRINGEN ERFOLG!

Mehr dazu unter:

www.weltbuch.com/wbu

Terminvorschau

2. Juli, München

Ausschüsse für Europapolitik und Wirtschaftspolitik: Dr. Theo Waigel, Bundesfinanzminister a.D., „Die Bedeutung der europäischen Währung für Bayern und Deutschland“

2. Juli, Nürnberg

Bezirk Mittelfranken: Dürer-Ausstellung – „Der frühe Dürer“

3. Juli, München

Ausschuss für Verkehrspolitik: Dr.-Ing. Georg Pachta-Reyhofen, Vorstand MAN SE und MAN Truck & Bus AG, „Die zukünftige Entwicklung des weltweiten Gütertransports und ihre Auswirkungen auf die Mobilitätskonzepte“

5. Juli, Rosenheim

Bezirk Rosenheim: Dr. Christine Hagen, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, „Wie gestalten wir die Arbeitswelt der Zukunft? Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft.“

12. Juli, München

Ausschuss für Medienpolitik: Prof. Dieter Kempf, Präsident BITKOM, „Medienlandschaft im Umbruch – Chancen und Risiken“

13. Juli, Ofterschwang

Ausschuss für Tourismus: Klaus Holetschek,

Bürgermeister Stadt Wörishofen und Vorsitzender Tourismusverband Allgäu/Bayerisch-Schwaben e.V.; Bernhard Joachim, Geschäftsführer Allgäu GmbH; Klaus Fischer, Geschäftsführer Allgäu GmbH; Michael Fäßler, Geschäftsführer und Gastgeber Sonnenalp Resort; „Fachkräftemangel im Tourismus – Die neue Allgäu GmbH auf modernen Wegen der Ausbildungsförderung und -qualifizierung“

16. Juli, München

Ausschuss für Umweltpolitik: Prof. Dr. med. Hermann Fromme, Sachgebiet Chemikaliensicherheit und Toxikologie im Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, „Gesundheitliche Aspekte von Nanomaterialien“

17. Juli, Burghausen

Bezirk Inn/Salzach: Johann Strobel, Vorstand Österreichisch-Bayerische Kraftwerke AG, „Konzepte der Österreichisch-Bayerische Kraftwerke AG für die Salzach-Sanie rung mit Mehrwert“

18. Juli, München

Ausschuss für Dienstleistungen: Markus Sackmann, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen; Prof. Dr. Thomas Dommermuth, Fakultät Betriebswirtschaft, Hochschule Amberg-Weiden; Dr. Fritz Kempter, Präsident des Verbands Freier Berufe in Bayern e.V.; „Altersvorsorge für Freie Berufe“

24. Juli, Bamberg

Bayerischer Wirtschaftstag: Prof. Dr. Gerd

Ganteför, Fachbereich Physik, Universität Konstanz; Dr. Johannes Teyssen, Vorsitzender des Vorstands der E.ON AG; Dr. Peter-Alexander Wacker, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Wacker Chemie AG; Dr. Marcel Huber, MdL, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit; „Großbaustelle Energiewende“ Bleibt die Stromversorgung sicher, bezahlbar und umweltfreundlich?

26. Juli, München

Ausschuss Finanzmärkte: Dr. rer. pol. Elke König, Präsidentin der BaFin Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht „Aktuelle Fragen der Regulierung von Banken und Versicherungen“

16. September, München

Bezirk München: Mittelstandspolitischer Frühschoppen

11.-14. Oktober, Budweis & Prachatitz

Bezirk Passau: Passauer-Herbst-Reise „Das sind böhmische Dörfer für mich – Unbekanntes Südböhmen“

15. Oktober, Burghausen

Bezirk Inn/Salzach: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern

24. Oktober, München

Ausschuss für Dienstleistungen

30. Oktober, München

Ausschuss für Medienpolitik

15. November, München

Generalversammlung

„Werkstattbesuche“ der Jungen Unternehmer

Die Jungen Unternehmer besuchten auch 2012 wieder unter dem Motto „Werkstattbesuche“ die Abgeordneten im Landtag und im Bundestag.

Die Teilnehmer konnten die Abgeordneten in deren politischem Alltag begleiten und an Arbeitskreisen und Fraktionssitzungen teilnehmen.

In Berlin gab es Gelegenheit zur Diskussion mit der CSU Landesgruppenvorsitzenden Gerda Hasselfeldt sowie der stellvertretenden Regierungssprecherin Sabine Heim bach. Es fand ein reger Austausch der wirtschaftlichen und politischen Interessen statt.

BIRGIT LANGENMAYER
VORSTANDSMITGLIED
JUNGE UNTERNEHMER



Der neu ernannte Bundesumweltminister Peter Altmaier begrüßt die Jungen Unternehmer.



Treffen der Jungen Unternehmer mit dem Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid, MdL, und weiteren Landtagsabgeordneten.



Gesprächstermin der Jungen Unternehmer mit Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, u.a. zum Thema „Betreuungsgeld“.

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

9. Mai – AK Ordnungspolitik: „Globalisierung und Mittelstand - zwischen Internationalisierung und (In-) Transparenz in der Rechnungslegung“



v.l.n.r.: Thorsten Sponholz (Vorsitzender des Ausschusses Mittelstandspolitik), Prof. Dr. Norbert Winkeljohann (Sprecher des Vorstands der PricewaterhouseCoopers AG), Dr. Jürgen F. Kammer (Vorsitzender des Arbeitskreises „Ordnungspolitik“)

11. Mai – Bezirke Berchtesgadener Land/ Traunstein, Rosenheim und Arbeitskreis „Wirtschaft und Kirchen“: „Europas strategische Perspektiven – Probleme und Herausforderungen“ – eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Bund Katholischer Unternehmer (BKU) in der Aula des Klosters Frauenwörth.



Vortrag mit Prof. Dr. Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP)

14. Mai – Bezirk Mittelfranken: „Revolution oder Bürgerkrieg: Wohin bewegt sich die Arabische Welt?“



v.l.n.r.: Dr. Wolfgang Bühler; Prof. Dr. Christoph Schumann, Professor für Politik und Zeitgeschichte des Nahen Ostens an der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg, Dr. Christian Bühler, Vorsitzender des Bezirks Mittelfranken des Wirtschaftsbeirates; Wolfgang Graf zu Castell-Castell

14. Mai – Ausschuss für Ernährungs- und Agrarpolitik: „Zukunftskommission Landwirtschaft – Ergebnisse und Perspektiven“



v.l.n.r.: Gerd Sonnleitner, Präsident Deutscher Bauernverband e.V.; Ministerpräsident Horst Seehofer; Klaus Josef Lutz, Vorstandsvorsitzender der BayWa AG; Dr. Franz Fischler, ehemaliger EU-Kommissar Agrar, Präsident des Europäischen Forums Alpbach; Manfred Nüssel, Präsident Deutscher Raiffeisenverband;

23. Mai – Bezirk Jurakreis: Der „Jurakreis Unternehmerstammtisch“ im Hotel-Restaurant „Die Gams“, Beilngries. Mitglieder und Interessenten des Jurakreises lernten sich kennen und tauschten sich in ungezwungener Atmosphäre aus. Es nahmen neben Unternehmern aus dem Jurakreis die Bürgermeister aus Beilngries, Brigitte Frauenknecht, sowie aus Dietfurt, Franz Stephan, teil.



12. Juni – Bezirk München: Gemeinsame Veranstaltung mit dem Automobilclub Mobil in Deutschland e.V. zum Thema „Zukunftsforum für Mobilität – Konjunktur braucht Infrastruktur – Fokus: 3. Start- und Landebahn am Münchner Flughafen“.



Referenten: Martin Zeil, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (Foto), Dr. Michael Kerkloh, Vorsitzender der Geschäftsführung Flughafen München GmbH, Thomas Klühr, Mitglied des Passagevorstandes Deutsche

Lufthansa AG, Frank Kuhle, Mitglied des Vorstandes Taxi München eG.

13. Juni – Ausschuss für Energie- und Rohstoffpolitik: „Ein Jahr Energiewende – wo stehen wir?“ V.l.n.r. Robert Götz, Leiter der Bayerischen Energieagentur Energie Innovativ (EI), Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie; Thomas Barth, Vorsitzender des Vorstandes der E.ON Bayern AG; Dr. Siegfried Balleis, Oberbürgermeister der Stadt Erlangen und Vorsitzender des Arbeitskreises „Energiewende“ der CSU; Armin Geiß, Vorsitzender des Ausschusses Energie- und Rohstoffpolitik; Professor Dr.-Ing. Josef Neiß, Abteilungsleiter Energie, Bergbau, Rohstoffe, Umweltfragen, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie



Expense Reduction Analysts

Expense Reduction Analysts ist spezialisiert auf die Senkung von Beschaffungskosten. In Deutschland betreuen wir mit knapp 100 Experten mehr als 500 mittelständische Unternehmen, Einrichtungen der öffentlichen Hand und gemeinnützige Organisationen. Durchschnittlich erzielen wir Einsparungen von knapp 20 Prozent.

Expense Reduction Analysts Bayern
 Paul Aschenbrenner | Senior Partner
 Färbergraben 4 | D-80331 München
 Tel: 089 - 238 887 730
paschenbrenner@expensereduction.com
www.expensereduction.com

find extra profit